

Bremerhaven, 30.09.2011

Antrag - Nr. StVV - AT 46/2011 (§ 34 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.10.2011		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

Schutz der Bremerhavener Bevölkerung vor Schienenlärm (SPD, GRÜNE)

Die Lärmbelastung der Bremerhavener Bevölkerung ist insbesondere im Bereich des quer durch die Stadt verlaufenden Schienenweges weiterhin extrem hoch. Trotz der in Teilbereichen errichteten Lärmschutzwände leiden die Anwohner weiterhin unter einer hohen Lärmbelastung durch Güterzüge auf der Bundesbahnstrecke. Die positiven wirtschaftlichen Entwicklungen in den Bremischen Häfen erzeugen durch die steigenden nächtlichen Güterverkehre deutliche negative Wirkungen durch Schienenlärm für die betroffenen Menschen unserer Stadt.

Die bisherigen lückenhaften Schallschutzmaßnahmen an der Schienenstrecke der Stadt zeigen zwar bereits mindernde Wirkungen bei einigen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, machen aber auch überdeutlich, dass der Schutz vor gesundheitsgefährdendem und belästigendem Lärm nicht an fiktiven Jahreszahlen, wie das Jahr 1974, festgemacht werden darf. Schutz vor Lärm betrifft alle Menschen dieser Stadt und muss deshalb auch gleichberechtigt für alle Bürgerinnen und Bürger gelten.

Für die Deutsche Bahn und den Bund als Baulastträger der Schienenwege sind klare und anspruchsvolle Zielsetzungen für eine Reduktion des Belastungsniveaus zu formulieren und in Koordination mit den verschiedenen zuständigen Verwaltungsträgern ist eine angemessene, aber wirksame und nachhaltige Instrumentierung dieser Lärmschutzziele zu entwickeln. Dabei sind die aktuellen Ergebnisse der Lärmwirkungsforschung zu berücksichtigen, woraus sich ein an den Sachverständigenrat für Umweltfragen angelehntes langfristiges Schutzniveau als Vorsorgezielwert für Wohngebiete in der Tageszeit von 55 dB(A) und in der Nachtzeit 45 dB(A) für alle vom Schienenlärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger ergeben muss. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die realen Belastungen entsprechend den Berechnungsverfahren der Umgebungslärmrichtlinie beachtet werden und die Brückenbauwerke nicht normativ, sondern entsprechend ihrer tatsächlichen Emissionen für die Bemessung der Schutzziele berücksichtigt werden. Die von der aktuellen Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag dargestellte Abschaffung des Schienenbonus muss bei einem nachhaltigen Konzept für Bremerhaven ab sofort mit einbezogen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb den Magistrat der Stadt Bremerhaven auf, sich gemeinsam mit dem Bremer Senat bei der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG dafür einzusetzen, dass die lückenhaften Lärmschutzwände zum Schutze der Bremerhavener Wohnbevölkerung an allen notwendigen Stellen geschlossen werden, damit die oben genannten Schutzziele erreicht werden. Außerdem muss darauf hingewirkt werden, dass die Fahrgeschwindigkeiten der im Bremerhavener Stadtgebiet verkehrenden Güterzüge dauerhaft halbiert werden, um so eine sofortige Lärmreduzierung zu erreichen und die Schutzziele bei Wegfall des Schienenbonus für die Bereiche mit den schon vorhandenen Lärmschutzwänden zu errei-

chen. Da die Güterzüge in Bremerhaven die Fahrt beginnen und beenden, ist eine solche Maßnahme ohne tiefgreifende Auswirkungen auf die danach folgenden Strecken möglich und praktikabel.

Ferner wird der Magistrat aufgefordert, über den Deutschen Städtetag mit ebenfalls stark vom Güterzugverkehrslärm betroffenen Städten gemeinsame Initiativen gegenüber der Bundesregierung und der Deutschen Bahn zu ergreifen, die zu weiteren Lärminderungen an Schienenwegen führen.

Zusätzlich sind weitere Maßnahmen umzusetzen:

- eine schnellstmögliche Umrüstung der Güterwagen von deren überalterten Bremsystemen auf neue „Flüsterbremsen“ (vorbildliches Beispiel BLG Auto-Rail)

und

- eine Einführung von marktwirtschaftlichen Anreizen zur Lärmsanierung von Alt-Waggons über lärmabhängige Trassenpreise.

Der Magistrat berichtet halbjährlich über den Fortschritt der Aktivitäten und der Ergebnisse.

gez.

Sönke Allers
und SPD-Fraktion

Dr. Ulf Eversberg
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen